






**Diana Golze**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 72329

 (030) 227 – 76329

 [Diana.Golze@bundestag.de](mailto:Diana.Golze@bundestag.de)

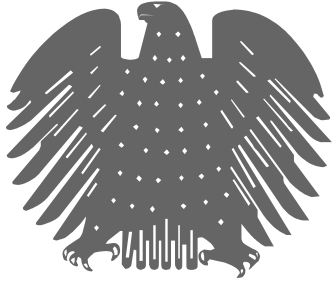
# Pressemitteilung

---

## Verbesserung der Lärmsanierung an Bundesautobahnen


Das Fehlen echter gesetzlicher Vorgaben zur Lärmsanierung führt unter anderem dazu, dass Kommunen, die im Zuge der Lärmaktionsplanung Lärmschutzmaßnahmen an Verkehrswegen durchführen wollen, keine Handlungsmöglichkeiten haben, wenn der Verkehrsweg nicht in ihrer Baulast liegt. Die Richtlinien für den Verkehrslärmschutz an Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes (VLrämSchR97) legen zwar Grenzwerte für die Lärmsanierung fest, die Maßnahmen werden aber als freiwillige Leistung auf der Grundlage haushaltsrechtlicher Regelungen durchgeführt. Beabsichtigt eine Kommune, den Lärm an einer Bundesfernstraße in der Baulast des Bundes zu reduzieren, bleibt ihr nur die Möglichkeit, an den Bund als Baulastträger zu appellieren, freiwillig Lärmschutzmaßnahmen durchzuführen. Die Bundesregierung kann aufgrund fehlender Rechtsgrundlagen nicht verpflichtet werden, Lärmschutzmaßnahmen durchzuführen. Dies beeinträchtigt die Wirksamkeit der Lärminderungsplanung erheblich. Dennoch sieht die Bundesregierung bei der Lärmsanierung an Bundesfernstraßen nur noch geringen Sanierungsbedarf. Dies liegt aber daran, dass die Grenzwerte der Lärmsanierung sehr hoch sind und erheblich über denen liegen, die beim Neu- und Ausbau von Straßen zulässig sind.


Nun scheint etwas Bewegung in den Prozess zu geraten. Nach einem gemeinsamen Brief der drei Bundestagsabgeordneten Voßhoff, Spielmann und Golze an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Lärmsanierung der Autobahn bei Kloster-Lehlin antwortete das Ministerium wie folgt: Das Ministerium strebt eine Senkung der Sanierungswerte um 3 dB(A) an. Dem Bundestag wird vorgeschlagen, die gesetzliche Grundlage (Haushaltsgesetz) spätestens 2011 zu schaffen. Damit nähern sich die Sanierungswerte in einem ersten Schritt an die wesentlich strengeren Vorsorgegrenzwerte für Aus- und Neubaumaßnahmen an. Die entsprechenden Investitionen von bis zu 1,5




**Diana Golze**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 72329

 (030) 227 – 76329

 [Diana.Golze@bundestag.de](mailto:Diana.Golze@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

Milliarden Euro sollen möglichst bis zum Jahr 2020 realisiert werden. Nach Aussage des Ministeriums sind "erhebliche Verbesserungen des Lärmschutzes möglich, aber nur mit großen Anstrengungen zu erreichen". Ob die Menschen in Grebs so lange geduldig warten, zweifelt Diana Golze an.

Die schwarz-gelbe Koalition geht in ihren Verhandlungen weiter als die Antwort aus dem Ministerium. Sie wollen "die Lärmsanierungsgrenzwerte bei der Straße um 5 Dezibel herabsetzen" erfährt man aus den Koalitionsverhandlungen. "Ich bin gespannt auf diese ehrgeizige Zielsetzung und hoffe im Interesse der dort lebenden Menschen auf eine schnelle Lösung. Ich werde auch weiterhin die Bundesregierung zum Stand der Umsetzung fragen", so die Bundestagsabgeordnete Golze.